

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrte Stadtverordnete,
sehr geehrte Gäste und Zuschauer im Livestream,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich lege Ihnen heute das erste Mal einen Haushalt vor.

Mein Dank geht an den Geschäftsbereich Finanzen und die Bereichsleiterin Frau Schimanski-Sippel und den Kämmerer Herrn Heinze sowie deren gesamtes Team, die aufgrund der besonderen Situation den Haushalt noch einmal komplett neu rechnen mussten und dafür diverse Nachtschichten eingelegt haben.

Ich möchte mich auch bei Antje Runge und Christof Fink bedanken für die konstruktive und sachliche Atmosphäre, in der wir unsere Haushaltsvorgespräche und die Beratungen gemeinsam gestaltet haben.

Die Rahmenbedingungen für diesen Haushalt könnten kaum schwieriger sein.

Die sich überlagernden Krisen – Corona & Energiekrise – verbunden mit dem größten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg bringen Vieles, was bisher als „normal“ galt, ins Wanken.

Dazu kommt: Wir haben in den vergangenen Jahren Glück gehabt bei der Haushaltsaufstellung. Immer dann, wenn es extrem schwierig war, kam eine Gewerbesteuernachzahlung, die das Defizit reduziert oder die Rücklagen erhöht hat.

Das schon lange bestehende Problem des strukturellen Defizits in unserem Haushalt wurde so überdeckt. Spätestens im Haushalt 2022, dessen Defizit im ordentlichen Ergebnis bei gut 13 Mio. € geplant war, ist das Problem deutlich sichtbar. Nur extrem hohe Rücklagen ermöglichten im vergangenen Jahr, die Steuererhöhung aufzuschieben.

Die aktuelle Krise legt das Problem schonungslos offen und zwingt uns zum Handeln. Ohne Steuererhöhungen wäre das Defizit im Haushalt 2023 wieder ähnlich hoch ausgefallen wie in 2022. Über den Finanzplanungszeitraum bis 2026 wäre so die Deckung der Defizite nicht mehr darstellbar und somit wäre der Haushalt nicht genehmigungsfähig gewesen.

Ich habe daher auch die Fraktionen bereits vor Haushaltseinbringung über die sehr schwierige Haushaltslage informiert, um den Fraktionen die Möglichkeit zu geben, bereits frühzeitig Überlegungen zum Haushalt anzustellen.

Der vorgelegte Haushalt weist bei ordentlichen Erträgen von 133,9 Mio. € und ordentlichen Aufwendungen von 139,4 Mio. € ein Defizit von 5,5 Mio. € im ordentlichen Ergebnis aus.

Von den 133,9 Mio. € Einnahmen fließen über Kreis-, Schulumlage 53,7 Mio. € an den Hochtaunuskreis und über die Gewerbesteuer- und Heimatumlage 5,5 Mio. € an das Land ab.

Durch außerordentliche Erträge – hier handelt es sich im Wesentlichen um Grundstücksverkäufe – fällt das geplante Jahresergebnis mit Minus 4,9 Mio. € etwas besser aus.

Dieses immer noch deutlich negative Ergebnis konnte nur durch eine erhebliche Erhöhung der Grundsteuer B erreicht werden. So legt der Magistrat Ihnen mit dem Haushalt eine Hebesatz-Satzung vor, die eine Anhebung des Grundsteuer B Hebesatzes von 750% auf 980% vorsieht. Dass dies in der aktuellen Wirtschaftslage für viele zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt kommt ist mir bewusst und ich werde darauf noch einmal zurückkommen.

Die **wesentlichen Ertragsveränderungen** gegenüber dem diesjährigen Haushalt liegen neben einer Steigerung der Schlüsselzuweisung aus dem Kommunalen Finanzausgleich, in den Einnahmen aus der Grundsteuer B, die durch die Hebesatzerhöhung um knapp 5 Mio. € steigen.

Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre haben wir auch den Ansatz für die Gewerbesteuereinnahmen erhöht – aber den Hebesatz für die Gewerbesteuer nicht verändert. Es handelt sich also hier nicht um eine Steuererhöhung, sondern lediglich um das Abbilden der höheren Einnahmeerwartung im Haushalt.

Auch der erwartete Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer ist um 3,6 Mio. € gestiegen. Dies spiegelt die Erwartungen der letzten Steuerschätzung wider. So weit zu den Einnahmeerhöhungen im Haushalt.

Auf der **Ausgabeseite** erhöht sich die Kreisumlage um 3,2 Mio. €.

Auch die Zuschüsse für Kindertagesstätten an den Hochtaunuskreis erhöhen sich um knapp 1,5 Mio. €. Auch die Zuschüsse an die anderen Freien Träger in

Oberursel steigen um 700T €. In Summe steigen die Kosten für die Kinderbetreuung um knapp 3 Mio. €

Obwohl Oberursel nicht Aufgabenträger für den ÖPNV ist zahlt Oberursel einen regelmäßig steigenden Betriebskostenzuschuss für die U3. Im kommenden Jahr wächst dieser um 200T € auf 1,6 Mio. €.

Woher kommt das strukturelle Defizit in unserem Haushalt? Aus meiner Sicht sind die drei wichtigsten Ursachen wie folgt:

1. Oberursel hat aufgrund seiner Größe und seiner Nähe zu Frankfurt besondere Belastungen:
 - a. Oberursel hat einen eigenen Stadtbus und die U3. Wir investieren jährlich ca. 2,6 Mio. als „Konzern Stadt“ in den ÖPNV, obwohl der Aufgabenträger für den ÖPNV eigentlich der Kreis ist.
 - b. Mit der Bauaufsicht und den „Frühen Hilfen“ gibt es zwei weitere Leistungen für unsere Bürger, die eigentlich Kreisaufgabe sind.
2. Kinderbetreuung:
 - a. Aufgrund der Nähe zu Frankfurt und den hohen Lebenshaltungskosten haben wir in Oberursel eine sehr hohe Quote von Familien, in denen beide Elternteile Vollzeit berufstätig sind. Dies führt zu einem sehr hohen Bedarf an Kinderbetreuung – in allen Altersgruppen von einem Jahr bis zum zehnten Lebensjahr.
 - b. Allen Städten wurden durch Bund und Land im Bereich der Kinderbetreuung immer neue Lasten aufgebürdet, z.B. über Rechtsanspruch auf U3-Betreuung oder die Kostenfreiheit für die ersten sechs Stunden Kindergartenbetreuung.
 - c. Die nächste Belastung steht bereits ins Haus, denn ab 2026 soll in Hessen schrittweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder eingeführt werden.
3. Kommunaler Finanzausgleich:

Im Kommunalen Finanzausgleich wird Städten ein Finanzbedarf pro Bürger zugestanden. Dieser ist für die kreisfreien Städte und die Sonderstatusstädte (über 50.000 Einwohner) höher als bei kreisangehörigen Kommunen ohne Sonderstatus. Die Stadt Oberursel ist die größte Stadt in Hessen, die weder kreisfrei ist noch eine Sonderstatusstadt. Wir werden im kommunalen Finanzausgleich genauso behandelt wie Städte, die viel kleiner sind als Oberursel. Und – um es mal ganz einfach auf den Punkt zu

bringen: Diese deutlich kleineren Städte haben eben keine U-Bahn und die meisten vermutlich auch kein Hallenbad mehr. Nicht umsonst lernen in unserem Hallenbad ja auch die Kinder aus den Schulen in Steinbach und Schmitten schwimmen.

Dies führt dazu, dass wir im Vergleich zu Bad Homburg bei ähnlichen Einnahmen mehr in den Kommunalen Finanzausgleich einzahlen müssen (oder weniger Zuweisungen bekommen bei schlechter Haushaltslage). Zusätzlich zahlt Oberursel die volle Kreisumlage, während Bad Homburg als Sonderstatusstadt nur die halbe Kreisumlage bezahlt. Die Kreisumlage ist immerhin die größte Position in unseren Aufwänden mit 33,4 Mio. €. (Bad Homburg 23 Mio. in 2022)

Ich gebe zu, diese drei Erklärungen sind ziemlich technisch und das sind auch alles Dinge, die nicht oder nur langfristig zu ändern sind.

Was folgt aus der Situation und was können wir tun?

Wir müssen die besonderen Belastungen in unserem Haushalt im Gespräch mit dem Kreis und dem Land immer wieder erläutern und hartnäckig eine angemessene Berücksichtigung dieser Effekte einfordern und wir müssen unsere Hausaufgaben machen und sparen:

Der Magistrat hat im Rahmen seiner Beratungen bereits eine Reihe von Einsparungen vorgenommen, die in Summe zu Einsparungen von über 2 Mio. € im Finanzplanungszeitraum geführt haben. Sonst wäre das Defizit noch größer gewesen.

Um wirklich eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen sind aber strukturelle Veränderungen erforderlich und die benötigen zur Vorbereitung Analysen und politische Entscheidungsprozesse und für die Umsetzung ein planvolles Vorgehen und Zeit.

Unter uns drei hauptamtlichen Dezernenten haben sich in den Gesprächen drei große Themenbereiche herauskristallisiert, für die wir den Stadtverordneten Optionen aufzeigen müssen, wie wir die Kosten reduzieren oder mindestens das Kostenwachstum künftig bremsen können.

1. Kinderbetreuung
2. Organisation effizienter aufstellen
3. Kosten für Immobilien reduzieren

In allen drei Feldern werden wir nur erfolgreich sein, wenn die Stadtverordneten bereit sind, schwere und ggf. auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Das kann beispielhaft die Einschränkung von Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen betreffen, um Personal zu sparen, oder den Verkauf von städtischen Immobilien, die nicht so intensiv genutzt werden.

Mit Bürgermeisterin Antje Runge und dem Ersten Stadtrat Christof Fink habe ich bereits besprochen, dass jeder von uns einen der drei Themenbereiche begleiten wird – das legt ja auch die Dezernatsverteilung nahe. Christof Fink wird sich um das Themenfeld Kinderbetreuung, Antje Runge um eine Organisationsuntersuchung und ich werde mich um die städtischen Immobilien kümmern.

Wir schlagen aber auch darüber hinaus weitere Maßnahmen vor, mit denen wir die betroffenen Verwaltungseinheiten beauftragen werden und zu denen wir dann den städtischen Gremien berichten werden.

- Optimierung der Leistungsbeziehungen zwischen Stadt und BSO
- Überprüfung aller städtischen Gebühren
- Überprüfung aller städtischen Zuschüsse
- Überprüfung und Priorisierung von Veranstaltungen
- Hallenüberprüfung und -entwicklung

Investitionshaushalt

Im Investitionshaushalt stehen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 2,1 Mio. € Ausgaben in Höhe von 11,8 Mio. € gegenüber. Die Lücke in Höhe von 9,6 Mio. € wird durch Kreditaufnahmen gedeckt. Dem stehen Tilgungszahlung in Höhe von 4,2 Mio. € gegenüber.

Schwerpunkte bei den Investitionen bilden

1. Der Bereiche Band- und Zivilschutz mit Investitionen in Höhe von 1,8 Mio. € (Teilzahlung für zwei neue Drehleiterfahrzeuge)
2. Kinderbetreuung mit 910T € (vor allem Zahlungen an den Kreis für Betreuungsgruppen an den Grundschulen)
3. Bau- und Grundhafte Erneuerung von Verkehrsflächen mit 3,9 Mio. € sowie
4. der Kauf von Grundstücken mit ebenfalls 3,9 Mio. €.

Da Investitionen in Gebäude, Straßen oder sonstige Infrastruktur über Zinsen und Abschreibungen unseren Ergebnishaushalt belasten, müssen wir aufgrund

der Haushaltslage auch im Investitionshaushalt alle Vorhaben auf den Prüfstand stellen.

Daher hat der Magistrat auch in diesem Bereich bereits den Rotstift angesetzt und sowohl bei den geplanten Straßenbaumaßnahmen gekürzt, als auch die Planungskosten für die Freibadsanierung gestrichen.

Häufig gehen Investitionen aufwändige Planungen voraus. Unser Augenmerk muss daher darauf liegen, dass wir nur für Vorhaben, die höchste Priorität haben und dann auch trotz extrem schlechter Haushaltslage umgesetzt werden, Planungskosten verausgaben. Planungen, die in der Schublade landen und nicht umgesetzt werden können, können wir uns nicht leisten.

Daher werden wir die Investitionen einer strikten politisch abgestimmten Priorisierung unterziehen, damit wir unsere Gelder auf das konzentrieren, was unseren Bürgerinnen und Bürgern am Ende Nutzen stiftet.

Wirtschaftsplan des BSO

Neben Haushalt und Hebesatzung legt der Magistrat Ihnen heute auch den Wirtschaftsplan des BSO zur Beratung vor. Da der BSO als Eigenbetrieb der Stadt integraler Bestandteil des „Konzerns Stadt“ ist und viele wichtige Aufgaben für die Stadt übernimmt, ist der Wirtschaftsplan zentraler Bestandteil der Finanzplanung der Stadt und mit dem Haushalt eng verzahnt.

Die geplanten Aufwendungen belaufen sich auf 39,4 Mio. €, die geplanten Erträge summieren sich auf 36,2 Mio. €. Dies führt inkl. einer Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 3,3 Mio. € nach Abschreibungen, Zinsen und Steuern zu einem kleinen operativen Verlust in Höhe von knapp 44T€. Das ist im Kontext der stark steigenden Preise für Bauleistungen und Energie ein sehr gutes Ergebnis.

Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Wirtschaftsplan 2022 bestehen in gestiegenen Kosten für Fremdleistungen in Höhe von 2,3 Mio. €, die auf Bauunterhaltung zurückgehen. Hier ist insbesondere die Sanierung mehrerer Dächer sowie der Fassaden der denkmalgeschützten Gebäude Seniorentreff und Vortaunusmuseum geplant. 468T € mehr als im letzten Jahr müssen für Zinsen für Kredite bezahlt werden. Hier machen sich die gestiegenen Zinsen bereits deutlich bemerkbar.

Ein weiterer Kostentreiber sind die Energiekosten. Hier planen wir mit fast einer Dreiviertelmillionen Euro Mehrkosten. Diese werden den Nutzern der Immobilien weiterbelastet und diese finden sich daher auch auf der Ertragsseite als Steigerung.

Neben den Energiekosten steigen auch die Erträge für übertragene Aufgaben, die die Stadt dem BSO vergütet um 1,1 Mio. €.

Steigende Energiekosten werden uns in den kommenden Jahren weiter beschäftigen. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich den Stau an Erhaltungsaufwendungen und energetischen Sanierungen bei den städtischen Gebäuden, die der BSO bewirtschaftet, anzugehen – aus Klimaschutzüberlegungen und aus Kostengesichtspunkten.

Aufgrund der großen Anzahl der Immobilien muss der erste Schritt bei diesen Bemühungen sein zu überlegen, von welchen Immobilien wir uns trennen können.

Auch im Bereich Klimaanpassung kommen beim BSO höhere Kosten auf uns zu. Das gilt sowohl im Bereich Tiefbau, wo wir bei der Stadtentwässerung die Vorsorge für Starkregenereignisse in den Blick nehmen müssen, als auch im Forst. Dort werden die Erträge in den nächsten Jahren deutlich sinken, weil der ertragsstärkste Baum - die Fichte - nach und nach ersetzt werden muss und der Wald Jahrzehnte benötigen wird, um sich von den Borkenkäferschäden zu erholen.

Investitionen

Im Vergleich zu den geplanten Investitionen des BSO sind die Investitionen im städtischen Haushalt geradezu überschaubar. Im Jahr 2023 plant der BSO Investitionen in Höhe von 24,4 Mio. €. In 2024 und 2025 sind sogar 34,6 bzw. 30,2 Mio. € Investitionen geplant. Von diesen Investitionen entfallen in 2023 allein 19,3 Mio. € auf die Großprojekte.

Nachdem der Bau- und Wertstoffhof weitgehend fertiggestellt ist, konzentrieren sich die Investitionen in 2023 und den folgenden Jahren auf den Neubau des Gefahrenabwehrzentrums für die Freiwillige Feuerwehr, die Kläranlage sowie das Rathaus.

Bei der Kläranlage wird uns das Investitionsprogramm noch viele Jahre begleiten. Zum einen müssen die bestehenden Anlagen auf dem Stand der Technik gehalten oder auch aufgrund ihres Alters ersetzt werden. Zum anderen erfordern verändernde Umweltauflagen Erweiterungen der Kläranlage. Derzeit wird an der

Filtration zur Phosphatreduktion gearbeitet, die die Wasserqualität des Urselbaches weiter verbessern wird.

Bereits auf den Weg gebracht haben wir das Großprojekt Gefahrenabwehrzentrum (GAZ). Hierbei handelt es sich um eine essenzielle Investition in die Sicherheitsinfrastruktur für unsere Bürger.

Mir ist bewusst, dass im Kontext unseres Haushaltsdefizits viele dieses Projekt mit Skepsis betrachten. Wer aber die Diskussionen in den verschiedenen Gremien genau verfolgt hat, der weiß, dass wir bei diesem Projekt jeden Euro nicht zwei Mal sondern drei Mal umgedreht haben und uns dabei auch von externen Ingenieurbüros haben beraten lassen.

Die Feuerwehr sieht sich immer neuen Anforderungen gegenüber, ob das durch Klimawandel, Waldbrände, zunehmende Technisierung oder Elektromobilität ist. Wir müssen als Stadt die Rahmenbedingungen schaffen, um eine entsprechende Ausbildung für die Freiwillige Feuerwehr zu ermöglichen.

Auch der Arbeitsschutz lässt sich am aktuellen Standort nicht vernünftig nach aktuellen Standards abbilden. Was wir hier planen ist somit eine notwendige Investition in die städtische Pflichtaufgabe Brand- und Zivilschutz.

Beim dritten Großprojekt des BSO – dem Rathaus – steht in Kürze eine Richtungsentscheidung an. Während zunächst geplant war, eine Kernsanierung des bestehenden Rathauses durchzuführen, wurde zuletzt eine Markterkundung für einen Rathausneubau auf dem Mitarbeiterparkplatz geprüft.

Im Wirtschaftsplan des BSO ist derzeit die Kernsanierung eingeplant, da dies das von Ihnen – den Stadtverordneten – beschlossene Vorgehen ist, das anhand der Markterkundung überprüft werden sollte.

Egal welche Variante gewählt wird: Für den Haushalt bedeutet dieses Projekt eine zusätzliche Belastung mindestens in einer Größenordnung von 1,4 Mio. € pro Jahr.

Bei unserem aktuellen Defizit müssen wir uns alle gemeinsam die Frage stellen, ob es günstigere Optionen gibt und ob die Vorteile der beiden Varianten die damit verbundenen Kosten für die Oberurseler Bürgerinnen und Bürger rechtfertigen.

Aber ich möchte auch eines klar sagen: Nichts tun, ist keine Alternative. Das Vertagen einer Entscheidung und immer neue Prüfungen kosten Geld, das wir besser investieren können.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen können wir nicht „nebenbei“ eine Entscheidung zum Rathaus fällen. Dennoch werbe ich dafür, dass wir die Haushaltsberatungen und das noch ungelöste strukturelle Problem in unserem Haushalt bei der Entscheidung zum weiteren Vorgehen vor Augen haben.

Bevor ich zum Schluss meiner Rede komme:

Es fällt mir nicht leicht diesen Haushalt vorzulegen. Er bringt erhebliche Belastungen für alle Oberurselerinnen und Oberurseler mit sich. Ich bin mir bewusst, dass in den Haushaltsberatungen der Sparwille des Magistrates hinterfragt werden wird.

Richtig ist auch, dass es vielleicht irgendwie hätte gelingen können, die Steuererhöhung noch um ein Jahr aufzuschieben.

Meine Analyse ist aber eindeutig:

- Unser strukturelles Problem ist so groß, dass wir es nicht durch einfache Einsparungen lösen können. Selbst wenn wir die Stadthalle und die Stadtbücherei schließen würden und die U3 einstellen würden, wäre unser Haushalt noch nicht ausgeglichen.
- Wenn das so ist, müssen wir heute den Weg der Steuererhöhung gehen, um das Problem nicht weiter zu vergrößern.
- Gleichzeitig müssen wir – wie skizziert – die strukturellen Themen angehen. Wir werden unseren Haushalt nur dann nachhaltig entlasten, wenn wir bereit sind, auf Dinge zu verzichten. Die Aufgabe von uns Dezernenten ist es, die Vorschläge dafür zu machen. Entscheiden müssen Sie – die Stadtverordneten – über die Vorschläge. Wenn wir aus Angst vor den politischen Konsequenzen auf nichts verzichten wollen, werden wir das Problem nicht lösen.
- Gute Politik zeigt sich in der Krise: Jetzt ist der Zeitpunkt gemeinsam festzulegen, was für Oberursel unverzichtbar ist:
 - a. Was ist die unverzichtbare Infrastruktur?
 - b. Was sind die unverzichtbaren sozialen Einrichtungen?
 - c. Welche kulturellen Veranstaltungen gehören zur Oberurseler DNA?

Dies gemeinsam zu erarbeiten wird schwer, denn ich sehe nicht, dass wir Geld ausgeben für Dinge, die niemand braucht.

Ich bin daher einen neuen Weg gegangen. Wir haben als Magistrat bewusst einen ganzen Katalog von Vorschlägen zur Diskussion gestellt und dabei keine Rücksicht auf Positionen von politischen Mehrheiten genommen. Dieser Katalog kann ein Startpunkt für die Diskussionen in den Fraktionen sein.

Wir müssen alle gemeinsam bereit sein, politische Positionen zu überdenken und Entscheidungen der Vergangenheit in Frage zu stellen.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich noch ein Versprechen loswerden: Wenn wir es schaffen durch Sparanstrengungen, durch bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder unerwartete Gewerbesteuernachzahlungen in einem der nächsten Jahre einen Überschuss zu erzielen, dann werde ich vorschlagen, diesen über eine Senkung der Grundsteuer B an die Bürgerinnen und Bürger zurückzugeben. Das bedeutet natürlich auch, dass dieses Geld nicht für zusätzliche Ausgabenwünsche zur Verfügung steht.

Ich bin gespannt auf die Haushaltsberatungen und freue mich auf eine offene Diskussion, die dem Ernst unserer Haushaltslage gerecht wird.

Herzlichen Dank!